

Medienkonferenz Grüne Kanton Bern

27. August 2007

National- und Ständeratswahlen 2007: grün und deutlich auf der Zielgerade

Therese Frösch, Nationalrätin und Fraktionspräsidentin

Sozial- und Finanzpolitik: Steuergerechtigkeit darf nicht auf der Strecke bleiben

Als Mitglied der nationalrätlichen Finanzkommission und als ehemalige Finanz- und Sozialdirektorin der Stadt Bern beschäftige ich zurzeit drei Dinge: Die aktuellen Vorstellungen von FdP und Bundesrat Merz zur Verflachung des Steuersystems und zu seinem unrealistischen Sparziel im Bundeshaushalt von 8 Milliarden in den nächsten Jahren sowie die Sicherung unserer Sozialwerke.

Die Schweizer Steuerpolitik der letzten 20 Jahre stand im Zeichen von Steuersenkungen. Die nun im Wahlfieber propagierte "Easy Swiss Tax" der FdP geht in dieselbe unsoziale Richtung. Die bürgerlichen Parteien haben bei Bund, Kantonen und Gemeinden unzählige Vorstösse eingereicht mit dem Ziel, die progressiven direkten Steuern zu senken und die Staatseinnahmen vermehrt durch degressiv wirkende indirekte Steuern und Gebühren zu bestreiten. Obwohl viele dieser Vorstösse abgewehrt werden konnten - wie hoffentlich im Kanton Bern mit dem erfolgreich eingereichten Volksvorschlag "Steuersenkung mit Augenmass" - ergab sich daraus dennoch eine Umverteilung zu Ungunsten der unteren bzw. zu Gunsten der oberen Einkommen. Von 1990 bis 2001 hat sich die Belastung eines armen Haushalts (unterste 20%) mit direkten Steuern und Sozialversicherungsausgaben um mehr als 2000 Franken jährlich erhöht, während ein reicher Haushalt um 4300 Franken entlastet wurde. Die Steuergerechtigkeit bleibt dabei offensichtlich auf der Strecke. Und den Kantonen, den Städten und Agglomerationsgemeinden ist es zudem nicht möglich, mit leeren Kassen alles Notwendige im Bildungs-, Sozial-, Kultur- und Verkehrsbereich zu halten und auszubauen. Um diesen ruinösen Steuerwettbewerb aufzuhalten, unterstützen wir Grüne die Initiative "Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb". Wir werden uns in der kommenden Legislatur für eine ökologische Steuerreform, eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung, für die Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer und gegen die Pauschalbesteuerung von niedergelassenen Ausländern engagieren.

Der Bundeshaushalt wird 2007 zum dritten Mal in Folge mit einem erfreulich hohen Überschuss abschliessen. Die so genannten strukturellen Defizite der letzten Jahre wurden mit einschneidenden harten Sparübungen im Umfang von fünf Milliarden Franken beseitigt. Die Staatsquote wurde leicht gesenkt und befindet sich europaweit auf vorbildlichem Niveau (11 Prozent). Sozialwerke warten auf eine nachhaltige Sanierung, öffentlicher Verkehr und Umweltschutz brauchen dringende Investitionsspritzen. Es rächen sich heute halt auch frühere Sündentaten wie die Auslagerungen staatlicher Betriebe ohne Abrechnung respektive Sanierung der Pensionskassenbeiträge, die unvernünftige Senkung der Beitragszahlungen in die Arbeitslosenkasse usw. Dieses Dilemma zwischen Stabilisierung des staatlichen Finanzhaushalts und dem inzwischen spürbaren Nachholbedarf gilt es, vernünftig zu lösen. Die Aussagen von Bundesrat Merz diesen Sommer, wonach seine Finanzpolitik darin besteht, staatsruinierende Steuermodelle zu pushen und - trotz tragender Konjunktur und harten Sparmassnahmen - unverzüglich "ghoue oder gschoche" weitere acht Milliarden Franken einsparen zu wollen, lassen für die neue Legislatur Schlimmes erahnen. Da braucht es im Parlament starke grünsoziale Gegenstimmen.

Schon vor Jahren haben die Grünen vorgeschlagen, die Sozialversicherungen zu vereinheitlichen (notabene auch die Krankenkassen). Die verschiedenen Sozialversicherungen verursachen hohe Verwaltungskosten, die in einem effizienteren System problemlos gesenkt werden könnten. Bis es soweit ist, geht es darum, die Sozialwerke so zu stärken, dass die gesellschaftliche Integration der Betroffenen gewährleistet ist. Uns ist es wichtig, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und Lebensform die gleichen Rechte habe. Doch obwohl dieser Grundsatz auch in der Bundesverfassung festgeschrieben steht, sind Frauen immer noch vielfach benachteiligt. Nicht alle Kinder haben gleiche Bildungschancen, und in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigte Menschen werden an den Rand gedrückt.

In der kommenden Legislatur werden wir Berner Grüne uns einsetzen für die Stärkung der AHV statt Ausbau der zweiten und dritten Säule, für eine finanziell gesicherte IV und für eine Familienpolitik, die den gesellschaftlichen Realitäten Rechnung trägt wie beispielsweise familienergänzende Betreuungsstrukturen und flexible Arbeitsmodelle, damit Familie und Beruf für Frauen und Männer vereinbar sind.

Für weitere Auskünfte:
Therese Frösch, 078 885 49 48